

# The dark side of the »Wende«

## Was sich seit 1990 für die Ostdeutschen verschlechtert hat (Teil 2 und Schluss)

Matthias Krauß

---

Wenn alle darüber schreiben, was sich für die Ostdeutschen seit der »Wende« verbessert hat – wir erinnern an das, was sich für sie verschlechtert hat. Mit einem Beitrag (siehe *jW* vom 2./3. Oktober) ist das Thema nicht erschöpfend behandelt. Deshalb setzen wir die Auflistung anlässlich des 68. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 fort.

Als die Bundesbank 1991 die finanzielle Abschlussbilanz der DDR vorlegte, gab sie als Verschuldungsgesamtsumme dieses Staates 19,7 Milliarden Dollar an. Woher also die zur Wendezeit verbreitete Panikzahl von 45 Milliarden Schuldendollar herrührte – niemand vermochte es mehr zu sagen. Abgesehen davon, dass den knapp 20 Milliarden Dollar Verbindlichkeiten Guthaben in etwa gleicher Höhe gegenüberstanden: Gemessen an heutigen Verhältnissen darf die DDR als Ausbund finanzpolitischer Gewissenhaftigkeit gelten. Pro Kopf der Bevölkerung schlugen rund 1.180 Dollar auf der Sollseite zu Buche, nach heutigem Kurs also etwas mehr als 1.000 Euro. Zum Vergleich: 2015 standen nach Angaben der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernest & Young allein die Kommunen Nordrhein-Westfalens bei privaten Geldgebern mit 55 Milliarden Euro in der Kreide. Pro Kopf der Bevölkerung des Bundeslandes entspricht das 3.116 Euro. Ähnlich sieht es in der Mehrzahl der ostdeutschen Städte und Gemeinden aus. Deutschland erließ übrigens der Russischen Föderation knapp sieben Milliarden Dollar Schulden, die die Sowjetunion bei der DDR gemacht hatte. Verantwortlich für den großzügigen Schnitt war der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Weiter in der Aufzählung: Die DDR-Verfassung kannte ein Faschismusverbot – im Grundgesetz der BRD findet sich dergleichen nicht. Ist das Einschwören auf bürgerlich-demokratische Verhältnisse ein ausreichender Ersatz? Allenfalls bedingt. Denn wo immer auf diesem Erdball Faschismus sein Mörderhaupt erhob – die bürgerliche Demokratie war der Schoß, aus dem er gekrochen war. In der DDR hatte die regierende Partei diesen Umstand in ihre Bewertung des westlichen Parlamentarismus einbezogen. Das freilich ist ihr Sündenfall.

Zu DDR-Zeiten fand ein intensiver kultureller, touristischer und wirtschaftlicher Austausch mit den Ländern Ost- und Südosteuropas statt, der 1990 jäh beendet wurde, so wie man einen Wasserhahn abdreht. Hier kann nur von kultureller Verarmung die Rede sein, zumal nach dem

Anschluss der DDR an die BRD im Osten auch das große Kino-, Theater- und Kulturhaussterben einsetzte.

Das Wort Medikamentenzuzahlung war in der DDR unbekannt. Warum wohl? Wo es nur eine Krankenkasse gibt, kann effektiv verwaltet werden, die Beiträge dienen der Behandlung. Heute haben die Versicherten Dutzende Kassen mit Repräsentations- und anderen Ansprüchen zu bedienen, von unerklärlich hohen Gehältern im oberen Verwaltungsbereich ganz zu schweigen. Da bleibt nicht viel für den eigentlichen Zweck.

Die materiellen Folgen der »Einverleibung« der DDR fasste diesen Mittwoch Christian Ehring in der *NDR-Satiresendung »Extra 3«* zusammen: »60 Prozent der Immobilien in ostdeutschen Großstädten sind in westdeutscher Hand. Fast alle ostdeutschen Tageszeitungen gehören westlichen Medienkonzernen und nur 25 Prozent der Unternehmen in Ostdeutschland werden von Ostdeutschen geführt.« Hinzu kommt deren flächendeckende Vertreibung aus Führungspositionen in Hochschulen und öffentlicher Verwaltung. Die ab 1990 einrückenden Westkader brachten gleich noch ihren eigenen Personalapparat mit und unter. Sie sind – vor allem – imstande, die eingenommenen Positionen quasi zu vererben.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/319533.the-dark-side-of-the-wende.html>